

Bekanntmachung.

Unter dem Vortritt des Ober-Bürgermeisters hatte heute Mittags zwei Uhr eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hiesiger Residenz die Ehre, Sr. Majestät dem Könige die aus Veranlassung der Zeitereignisse beschlossene Adresse zu überreichen.

Se. Majestät geruhten, nach einigen die Gefinnungen und Hingebung der Bürger Berlins zu ihrem Könige darlegenden Worten des Ober-Bürgermeisters, dem Letztern die Vorlesung der Adresse in huldreichsten Worten zu gestatten. Der Magistrat beeilt sich, seinen harrenden Mitbürgern sowohl die Adresse, als die darauf ertheilte Allergnädigste Antwort hier mitzutheilen.

Wir halten uns überzeugt, daß dieselbe Begeisterung unsere Mitbürger ergreifen wird, wie die Abgeordneten noch ergriffen waren, als sie uns die Kunde von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblicke brachten, in dem das Herz unseres theuern Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte.

Berlin, den 14ten März 1848.

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger königlichen Residenz.

An

Se. Majestät den König unseren allergnädigsten Herrn.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr!

Die ernststen und verhängnißvollen Ereignisse der letzten Tage, die von einem Lande zum andern sich fortzuzugeln, erfüllen die Gemüther mit einer Spannung, wie wir sie noch niemals empfunden haben, mit der Erwartung einer neuen Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, in der das gegenwärtige Geschlecht, seit 33 Jahren der Zuschauer der Ereignisse, die ungenutzte und deshalb fast erstorbene Thatkraft wiederfinden wird. Das deutsche Volk empfindet es tief und stark, daß es thätig und mündig geworden ist, mitzutheilen im Rathe seiner Fürsten und durch den würdigen Gebrauch der freien Presse von seinen geistigen und materiellen Bedürfnissen Zeugnis abzulegen.

Es. Majestät Allerhöchster Wunsch und Wille war es, daß eine solche Zeit das preussische Volk nicht unvorbereitet treffen möge. Mit weiser Voraussicht haben Ew. Majestät seit Allerhöchst-Ihrem Regierungsantritte Stein an Stein gesügt, und noch vor wenigen Tagen durch die Allerhöchste Voikchaft vom 5ten d. Mis. einen bedeutsamen Schritt in der Entwicklung der verfassungsmäßigen Rechte des Preussischen Volkes gethan. Die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 5ten März c. bringt uns ferner die freudige Nachricht, daß Ew. Majestät Fürsorge die Hindernisse beseitigt hat, die sich der Gewährung der seit einem Menschenalter dem deutschen Volke verbürgten Pressfreiheit bisher in den Weg gestellt haben.

Wir sehen dem verheißenen Pressgesetz in dem Vertrauen entgegen, daß es sich auf die Befreiung der wahren Mißbräuche der Presse beschränken wird.

Aber der Augenblick drängt; jeder Tag bringt die Kunde neuer Ereignisse, der politische Gesichtskreis kann sich plötzlich verfinstern und zur That herausfordern, noch bevor das Vaterland sich im Rathe geeinigt hat. Die mannigfachen Wünsche, Fragen und Hoffnungen durchkreuzen sich, das Mißtrauen in eine fraglich gewordene Gegenwart, der ängstliche Hinblick auf eine ungewisse Zukunft lähmen den Verkehr, Handel und Gewerbe beginnen zu stocken, die Arbeit ist bedroht, das Gefühl der nahenden gewerblichen Krisis muß diese Krisis beschleunigen, deren Folgen menschliche Weisheit nicht zu ermaßen vermag.

Unter diesen Umständen vereinigen sich Aller Wünsche dahin, daß Ew. Majestät die schleunige Berufung des Vereinigten Landtages zu befehlen geruhen möge. Im Namen unserer Mitbürger, im Namen ihrer heiligsten und theuersten Interessen, legen wir Ew. Majestät diese Bitte an's Herz, um deren Gewährung wir Unseren Allergnädigsten König und Herrn aus tief bewegter Seele beschwören. Schon die Gewisheit, daß Ew. Majestät Sich in so schwierigen Zeiten mit den Männern umgeben werde, die durch ihre Beratungen vom vergangenen Jahre die Achtung der Wohlgesinnten erworben, die das preussische mit dem deutschen Vaterlande unaussprechlich zu verknüpfen begonnen haben, wird Ruhe und Zuversicht den Gemüthern, Sicherheit und Bestand den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens wiedergeben.

Es giebt Zeiten, in denen neue Zustände unter der Hülle der alten reif geworden sind, wo es der Anerkennung dieser unumwiderstehlichen Thatsachen bedarf, wenn auch fernerhin in gesetzmäßiger Entwicklung stark und besonnen fortgeschritten werden soll. Eine solche Zeit ist die unsrige, und wir halten es daher für eine heilige Pflicht, Wünsche und Ueberzeugungen, die von Commünen und Ständen schon seit Jahren ausgesprochen worden sind, in solcher Zeit Ew. Majestät unmittelbar vorzulegen.

Was die übereinstimmende Ansicht der Bürgerschaft vor allen Dingen als die unerlässliche Vorbedingung einer gedeihlichen Zukunft betrachtet, ist die Vollenkung des preussischen Verfassungswerkes, dessen allmäliger Ausbau unter den gegenwärtigen Umständen die Stimmung mehr aufregt als beschwichtigt. Als einen treuen Ausdruck der Volkmeinung und Volkseinstimmung können wir die Stände aber nur in dem Falle betrachten, wenn sie aus einer angemesseneren volksthümlichen Vertretung hervorgehen, und ein beschließendes Botum bei einfacher Stimmenmehrheit erhalten. Seitdem Ew. Majestät durch die Einführung der Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, zunächst in hiesiger Stadt, eine Umgestaltung der Rechtspflege veranlaßt haben, hat sich der Wunsch von Tage zu Tage immermehr befestigt, auch diesen Neubau durch das Institut der Geschworenen baldigst gekrönt zu sehen.

Die völlige Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse ohne staatliche Bevorzugung des einen vor dem andern, so wie die bürgerliche Gleichstellung ihrer Befenner, ist, als das Ergebnis der milderen und verhältnißlicheren Gesinnung unserer Tage in der Sittlichkeit vollzogen, und es ist daher gewis an der Zeit, daß die Gesetzgebung auch ihrerseits die an das religiöse Bekenntnis geknüpften Beschränkungen fallen läßt.

Wenn Preussens Monarch, auf den in diesem Moment ganz Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit seine Blicke lenkt, in Uebereinstimmung mit seinem vereinigten Landtage, in dieser Richtung vorschreitet, dann wird Deutschland auf der unerlöschlichen Grundlage gemeinsamer politischer Institutionen beruhen; dann wird die glorievolle Erbschaft des hochseligen Königs, der Zollverein, dann werden auch die hochherzigen Absichten für die Begründung eines deutschen Rechts, die Ew. Majestät durch die von Preußen angelegte Verathung eines deutschen Wechselrechts und Postvertrages an den Tag gelegt haben, mächtig gefördert werden.

Die Deutschen werden die Stelle unter den Völkern einnehmen, die ihnen gebührt. Und hat Deutschland, wie die Proclamation des Bundestages eingestehet, diese Stelle bisher nicht einzunehmen gewußt, so müssen wir einen Theil der Schuld in den Mängeln der Bundesverfassung suchen, und dürfen dem bewährten deutschen Sinne Ew. Majestät vertrauen, daß diese Verfassung in nächster Zeit gekräftigt werde, um die Interessen der Nation im vollsten Sinne vertreten zu können.

Nur in einem Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland erblicken wir eine ernsthafte Besorgnis. Ist erst die innige Verbrüderung der deutschen Stämme errungen, ja wird sie nur erst offen und kräftig angestrebt, so kann im Falle eines Krieges, sofern derselbe nicht in diplomatischen Verwicklungen, sondern in der Verletzung des deutschen Bodens seinen Grund hat, von einer Gefahr für Deutschlands Fürsten und Völker nicht mehr die Rede sei.

Berlin, 13ten März 1848.

In tiefster Ehrfurcht ersterben wir Ew. königlichen Majestät

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath. Allerunterthänigste, treu gehorsamste Stadtverordnete zu Berlin.

Seine Majestät geruhten hierauf im Wesentlichen Folgendes zu äußern: Seine Majestät fühlten die Bedeutung des Augenblickes; es sei die erste Adresse,

welche Sie in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegen nehmen und es sei Allerhöchst-Ihnen ein angenehmes Gefühl, daß sie von Ihrer lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe.

Wenn es ringsum hohe, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe und erwäge man dies, so sei es anerkennungsweh, daß in einer Stadt von solcher Größe, in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenntnis nicht wesentlich trüben; denn bei allen denen, auf deren Benehmen Seine Majestät Beruh lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen und Sie seien über die Haltung der Bürger erfreut gewesen. Was die Adresse selbst betreffe, so könne Seine Majestät nicht, wie es in andern Ländern Sitte sei, darauf in wohlstylisirter Rede antworten; nur im Conversations-Tone wollten Sie einige Worte erwidern.

Zunächst freuten Sie Sich, auf die Haupt-Bitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des Vereinigten Landtages sei seit mehreren Tagen beschlossen und das Berufungs-Patent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König dessen näher Versammlung entgegen, da echt preussische Gesinnung in Tagen der Gefahr am wenigsten fehlen werde. Mit vollster Offenheit und vollständigem Vertrauen würden Seine Majestät dem Landtage entgegentreten. Ihre Lösung sei: „freie Völker“, „freie Fürsten“; nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sei daher nicht nöthig.

Doch eines Ausdrucks der Adresse müßten Seine Majestät erwähnen, desjenigen nämlich, welcher gegen die allmälige Entwicklung der Verfassung gerichtet sei; diesem könnten Sie nicht unbedingt beitreten. Es gäbe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschengebens fünfzehn beschworene Verfassungen einander verdrängt hätten, wo erst neuerdings das selbstgeschaffene Gebäude zusammengefallen sei. — Nicht in sechs Wochen dürfe man z. B. ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erfordere; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle! — „Kühn und bedächtlich!“ das seien die Lösungsworte jedes guten Feldherrn; ungestraft dürften sie nicht getrennt, nicht das eine über dem andern vergessen werden! Das wollten auch Seine Majestät nicht vergessen. Die gute alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben, auch die Gliederung der Stände sei deutsch; wer dagegen anstrebe, der setze sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispielen! Ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtage erledigt werden; wie Seine Majestät ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken“. Diese Einigkeit müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtage, während des Landtages! Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom deutschen Vaterlande abgewendet werden, welches der Revolutionskrieg über dasselbe gebracht hätte! Seine Majestät möchten die Verantwortlichkeiten des Zwiespaltes nicht in Ihrer Hand, alles aber, was Ihre Kraft vermöge, wollten Sie redlich und ernstlich anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu besserer Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege Ihnen so nahe am Herzen als diejenige Preussens.

Schließlich geruhten Seine Majestät die Deputation zu ermächtigen, die Allerhöchste Antwort ihren Mitbürgern mitzutheilen.

Patent

wegen Einberufung des Vereinigten Landtages.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w. haben im Verein mit der Kaiserlich österreichischen Regierung Unsere deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinsamen Verathung über diejenigen Maßregeln zu vereinigen, welche unter den gegenwärtigen schwierigen und gesapörbten Verhältnissen der deutschen Staaten erforderlich sind, und sind entschlossen, mit allen Unseren Kräften dahin zu wirken, daß diese Verathungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen sein möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln für unsere Staaten bedingt, zu deren Ausführung Wir der Mitwirkung Unserer getreuen Stände bedürfen. Dieserhalb und weil Wir überhaupt in so großen und entscheidenden Epochen, wie die gegenwärtige, Uns nur in Vereinigung mit Unseren Ständen stark fühlen, haben Wir beschloffen, den Vereinigten Landtag auf Donnerstag, den 27. April d. J., in Unserer Hauptstadt und Residenzstadt Berlin zu eröffnen, und beauftragen das Staats-Ministerium, die Einberufung desselben durch den Minister des Innern zu veranlassen, auch die sonst erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Gegeben Berlin, den 14. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

Mähler. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bobelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Caniz. v. Duesberg. v. Rohr.

Die neueste A. Pr. Ztg. eröffnet ihren „nichtamtlichen Theil“ mit folgendem Artikel: Berlin. Die Regierungen von Oesterreich und Preußen haben sich über ihre Stellung zu den Fragen, welche sich an die in Frankreich eingetretene Verfassungs-Veränderung knüpfen, bereits offen und deutlich ausgesprochen. Es kann Niemand darüber im Zweifel sein, daß sie, fern von jedem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates, eben so entschlossen sind, jede Verletzung der bestehenden Verträge mit vereinten Kräften zurückzuweisen.

Ihre weitere Betrachtung hat sich auf die gegenwärtige Lage des Bundes wenden müssen, welchem die Pflicht obliegt, in einer so tief bewegten Zeit für den äußeren Schutz Deutschlands und dessen innere Wohlfahrt Sorge zu tragen. Wenn je, so bedarf es jetzt der ganzen Weisheit der Regierungen und der ganzen Eintracht der Nation, um die Gefahren abzuwenden, mit denen das gemeinsame Vaterland bedroht ist.

Oesterreich und Preußen haben daher ihre deutschen Bundesgenossen ersucht, sich mit ihnen ungesäumt zu einer umfassenden Verathung alles dessen zu vereinigen, was unter den gegebenen Umständen das Wohl Deutschlands erheischt. Diese Versammlung wird am 25. März zu Dresden eröffnet werden.

Beide Regierungen hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß es auf diesem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen zu entsprechen und diejenigen Institutionen zu sichern, durch welche Deutschland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber aber in der ihm gebührenden Stellung unter den europäischen Nationen befestigt werde.

Sie werden aber auch in Vereine mit ihren deutschen Bundesgenossen ebenso ernst und nachdrücklich solchen Versuchen entgegentreten, die auf die Vernichtung der rechtlichen Ordnung in Deutschland hinausgehen und im deutschen Bunde einen Zustand von Zwietracht und Auflösung erzeugen würden, der ihn wehrlos in die Hände jedes Feindes gäbe.

Indem die deutschen Regierungen sich zu diesem Werke vereinigen, nehmen sie für dasselbe den besseren Geist der Nation in Anspruch, die Einsicht und den Willen Aller, welche es vermögen, inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft in's Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwicklung des alle deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist.